Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

14.11.1925 (No. 265)

Visual Library

№ 265 Samstag, den 14. November 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Zur Frage der badischen Koalitionsbildung

Wir halten es für unsere Pflicht, unsere Leser kurz über den Stand der Besprechungen zu unterrichten, die über die Bildung der badischen Regierungskoalition zur Zeit gepflogen werden. Selbstverständlich verfolgen wir dabei lediglich referierende Zwecke. Es muß den Fraktionen selbst bezw. den Parteien überlassen bleiben, zu entscheiden, wie die Koalition aussehen soll, auf deren parlamentarischer Basis die Regierungsgeschäfte des Landes zu führen sind.

Wenn es sich lediglich darum gehandelt hätte, die bisherige Koalition fortzusetzen, hätten wir wahrscheinlich heute schon die neue Regierung. Aber bald nach den Wahlen entstand eine neue Situation, und zwar durch die Geneigtheit der **Deutschen Volkspartei**, sich an der bestehenden Koalition zu beteiligen, diese also zur Großen Koalition zu erweitern, und durch die Geneigtheit des Zentrums, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Das Zentrum beruft sich dabei auf die Tatsache, daß bisher die badische Regierung immer den Standpunkt vertreten habe, daß ihr die Mitarbeit einer jeden Partei recht sei, wenn diese Mitarbeit ehrlich und im Sinne staatsbejahender Politik angeboten werde. Demgemäß hält sich das Zentrum, wie aus den mannigfachen Äußerungen des „Bad. Beobachters" hervorgeht, nicht für berechtigt, die Anregung der Deutschen Volkspartei abzuweisen. Ja, in der führenden Zentrumspresse ist dieser Wunsch ganz offen als berechtigt anerkannt worden. Darüber hinaus verspricht man sich wohl auch in den Reihen des Zentrums nützliche Wirkungen für die Politik des Landes, wenn die Deutsche Volkspartei in der Regierung mitarbeitet.

Dieser Auffassung des Zentrums hat sich die **Sozialdemokratie** einstweilen **nicht angeschlossen**. Die Sozialdemokratie ist von jeher der Meinung gewesen, es sei besser, wenn man **ohne** die Deutsche Volkspartei auf der bisherigen Regierungsbasis weiterarbeite, zumal die jetzige Koalition auch im neuen Landtag über die Zweidrittelmehrheit verfüge. Man gewann aber aus mancherlei Äußerungen sozialdemokratischer Blätter und sozialdemokratischer Persönlichkeiten des Landes vor und nach den Wahlen den Eindruck, daß die Sozialdemokratie schließlich doch, wenn auch nur widerwillig, den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei zur bisherigen Koalition hinnehmen werde. Dieser Eindruck war, wie sich jetzt zeigt, nicht ganz richtig. Denn in der letzten Sitzung des sozialdemokratischen Landesausschusses hat sich eine Zweidrittelmehrheit gegen die Notwendigkeit einer Erweiterung der bisherigen Koalition ausgesprochen. Die Stimmung der Mehrheit der sozialdemokratischen Wähler des Landes ist also wohl zweifellos einer Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei nicht günstig.

Ob mit dem Beschluß des Landesausschusses das letzte Wort über die Haltung der Sozialdemokratie gesprochen ist, das bleibt noch eine offene Frage. An sich ist es ja die **Fraktion**, die die letzte Entscheidung zu fällen hat. Und es ist bekannt, daß innerhalb der Fraktion die Meinungen geteilt sind. Jene Richtung, die vor allem von nüchternen staatspolitischen Erwägungen ausgeht und den Gefühlen einen nicht zu starken Einfluß auf die Entscheidungen der Politik einräumen möchte, würde sich wahrscheinlich mit dem Gedanken der Großen Koalition in Baden abfinden können. Fraglich ist nur, ob diese Richtung in der Fraktion die Mehrheit bekommt, und ob es ihr gelingt, auch die Mehrheit der Parteimitglieder bezw. ihrer Vertrauensmänner noch nachträglich von der Nützlichkeit ihres Standpunktes zu überzeugen.

Gelänge das nicht, dann wäre es am **Zentrum**, von sich aus eine Entscheidung darüber zu treffen, ob es **ohne die Deutsche Volkspartei** die bisherige Koalition fortsetzen **oder ohne die Sozialdemokraten** eine **andere** Koalition, etwa eine Koalition der bürgerlichen Mitte, errichten will. Voraussetzung wäre für den zweiten Fall, daß die **Demokraten** nicht mit den Sozialdemokraten zusammen ausscheiden, sondern sich an der Bildung dieser Koalition der bürgerlichen Mitte beteiligen. Es ist anzunehmen, daß in der nächsten Woche die Frage der badischen Koalitionsbildung geklärt werden wird. Möglicherweise werden auch der Verlauf des **Kasseler Parteitages der gesamten Zentrumspartei** und die Entwicklung der Regierungskrisis in Berlin auf die badischen Verhältnisse einigen Einfluß ausüben.

Der Besuch des Reichspräsidenten in Frankfurt

Reichspräsident v. **Hindenburg** ist am Freitag abend von Frankfurt wieder nach Berlin zurückgereist und hat damit seine Südwestdeutschlandreise abgeschlossen.

Nach dem Frühstück im Römer unternahm der Reichspräsident nachmittags eine Rundfahrt durch die Stadt, die ihn nach der Universität führte, wo Professoren und Studentenschaft ihn in der stimmungsvoll geschmückten Adickes-Halle erwarteten. Der Rektor der Universität, Prof. Dr. **Emden** begrüßte den Präsidenten als Führer und Vorbild des deutschen Volkes in Krieg und Frieden. Der Rektor dankte dem Reichspräsidenten für seine Bereitwilligkeit, die Gedenktafel für die im Weltkriege gefallenen Angehörigen der Universität zu weihen. Darauf legte der **Reichspräsident** einen Kranz nieder mit den laut durch die Halle klingenden Worten: „Ich weihe diese Tafel in Erinnerung an Deutschlands Helden, der Hoffnung für unsere Zukunft und in der Mahnung zur deutschen Einigkeit!" Unter dem Zusammenschlagen der Schläger und dem Gesang des Liedes „Ich hatt' einen Kameraden" schloß die tief ergreifende Feier. Auf der Fahrt am **Messegelände** vorbei betrachtete der Reichspräsident mit sichtlichem Interesse deren ausgedehnte Bauten. Um 4,15 Uhr traf der Reichspräsident auf dem neuen **Frankfurter Stadion** ein, wo er von einer vieltausendköpfigen Menschenmenge erwartet und mit stürmischem Jubel begrüßt wurde. Nachdem dem Reichspräsidenten die Führer der Sportbewegung vorgestellt worden waren, erfolgte unter Leitung des Stadionslehrers Brechenmacher moderne gymnastische Übungen. Dem Leiter der Vorführungen dankte v. Hindenburg durch Händedruck für das Gebotene. Hierauf gab Stadtrat **Schmude** in einer Ansprache seiner Freude über den Besuch des Reichspräsidenten Ausdruck. Er schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Reichspräsidenten. Eine Musikkapelle intonierte das Deutschlandlied, das von allen Anwesenden stehend und entblößten Hauptes mitgesungen wurde. Auf besonderen Wunsch des Reichspräsidenten wurde auf der Rückfahrt auch noch kurz das **Goethe-Haus** besucht. Wie bei der Ankunft, so war auch bei der Rundfahrt der Reichspräsident überall Gegenstand lebhaftester Huldigungen der in ungezählten Tausenden die Straßen besetzt haltenden Menschenmenge.

Kurz vor 7 Uhr begab sich v. Hindenburg ins **Opernhaus**, wo auf seinen besonderen Wunsch „Figaros Hochzeit" gegeben wurde. Die auf hoher künstlerischer Stufe stehende Vorstellung bildete einen würdigen Abschluß des Besuchs. Als der Reichspräsident in seiner Loge erschien, bereitete ihm das Publikum eine stürmische Huldigung. In der Pause nahm der Oberbürgermeister Dr. **Landmann** im Foyer Gelegenheit, dem Reichspräsidenten eine Reihe Frankfurter Persönlichkeiten vorzustellen. Bevor der Reichspräsident das Opernhaus verließ, erschien er noch auf dem Balkon, um der auf dem Opernplatz harrenden Menge seinen Dank für die Aufnahme auszusprechen, die er in Frankfurt gefunden habe. Unter den Klängen des Deutschlandliedes erfolgte alsdann die Abfahrt nach dem Bahnhofe.

*

WTB. **Berlin**, 14. Nov. (Tel.) Der **Reichspräsident** ist heute vormittag 8½ Uhr wieder in Berlin **eingetroffen**.

Vor der Entscheidung der Botschafterkonferenz

Wie die Havasagentur mitteilt, wird die **Botschafterkonferenz** am **Montag** nachmittag 3 Uhr zusammentreffen, um über die **Räumung der Kölner Zone** zu entscheiden.

Wie Havas weiter aus London berichtet, könne man, obwohl keine offiziellen Nachrichten bisher darüber veröffentlicht worden seien, es doch als möglich annehmen, daß nach der Befragung des interalliierten Militärkomitees von Versailles **neue Bemerkungen** der Alliierten über die Entwaffnung Deutschlands übermittelt würden. Deutschland würde noch **vor Montag** anworten müssen, damit man an dem Tage, an dem die Botschafterkonferenz offiziell Kenntnis von der Antwort Deutschlands nehmen werde, die Räumung Kölns für den 1. Dezember ankündigen könne.

*

Der Havasvertreter in **London** berichtet, daß man in dortigen Kreisen Donnerstag abend der Ansicht gewesen sei, daß die Erklärung, die die Alliierten bezüglich der **Milderung des Rheinlandregimes** machen werden, durch die Botschafterkonferenz nach ihrer Sonntag- oder Montagssitzung abgegeben werde, nicht aber in Berlin, wie anfänglich die Rede gewesen sei.

Eine große Anfrage wegen des Falles Giesche. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages hat eine große Anfrage eingebracht, in der es heißt: Unseres Erachtens bedarf das Abkommen zwischen von Giesches Erben und der Harrimangruppe, soweit dadurch die Ausbeutung und Verwendung der **deutschen Zinkerze** berührt wird, der Genehmigung der preußischen Staatsregierung. Die Staatsregierung wird dann gefragt, ob sie bereit sei: 1. diese Genehmigung zu verweigern; 2. nötigenfalls die Enteignung der auf preußischem Gebiet liegenden Zinkerzfelder der Gesellschaft nach den Bestimmungen der Verfassung in die Wege zu leiten, und 3. über den Gang der Verhandlungen und den Umfang der gewahrten Privilegien erschöpfende Aufklärung zu geben.

Im Lohnstreit in der chemischen Industrie wurde am Freitag in Berlin nach zweitägiger Verhandlung ein **Schiedsspruch** gefällt, der den Spitzenstundenlohn der Arbeiter über 21 Jahre vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit an um 2 Pfg. mit Gültigkeit bis 31. Mai 1926 erhöht. Erklärungsfrist der Parteien bis zum 17. November ds. Js.

Politische Neuigkeiten

Die Reichsparteitage

Die Vorbereitungen für den 4. Reichsparteitag der **Deutschen Zentrumspartei** in **Kassel** sind nunmehr abgeschlossen. Am Sonntag, den 15. November tritt der Reichsparteiausschuß des Zentrums zusammen, um die Tagesordnung des Parteitages einer Vorbesprechung zu unterziehen und auch den **Fall Wirth** zu erörtern. In dieser Sitzung werden auch verschiedene Kommissionen gewählt, die besondere Aufgaben haben. Es handelt sich dabei um die Finanzlage der Zentrumspartei und um die Erweiterung der Organisation sowie um die Ausdehnung der Aufklärungsarbeit. Der Reichsparteitag selbst soll bis Dienstag, den 17. November dauern.

Die Tagesordnung für den in **Berlin** stattfindenden **Deutschnationalen Parteitag** ist nun endgültig festgestellt. Am Sonntag, den 15. November tritt im Plenarsitzungssaale des Preußischen Landtages der Parteitag zusammen. Der ordentliche Reichsparteitag tritt am Montag, den 16. November im Kriegervereinshause zusammen. Nach der Eröffnungsansprache des Parteivorsitzenden Winckler und nach weiteren Begrüßungsansprachen hält das Hauptreferat Reichstagsabgeordneter Graf **Westarp** über deutschnationale Außenpolitik. Eine Ansprache wird sich anschließen.

Oberbürgermeister Luppe gegen Geßler

Die „Frankf. Ztg." und die „Voss. Ztg." veröffentlichen Erklärungen des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. **Luppe** zu den Äußerungen **Emil Ludwigs** und den Gegenerklärungen des Reichswehrministers Dr. **Geßler**. Reichswehrminister Dr. Geßler, so heißt es in den Mitteilungen Dr. Luppes, kam Ende Oktober 1924 während der Regierungskrise zu mir auf mein Büro und fragte mich u. a., wie ich die Verhältnisse in Bayern beurteilte. Als ich ihm erklärte, daß nach meiner Ansicht inbezug auf einen Königs-Putsch der kritischste Moment wohl überwunden sei, erwiderte er mir mit einem „Nein". Die Lage sei absolut ernst. Rupprecht beabsichtige, vorzugehen, und er wolle mir jetzt schon sagen, daß, wenn dies geschehen sollte, die Reichswehr nicht eingreifen werde. Daß Herr Dr. Geßler mit bayerischen Monarchisten gesprochen und ihnen entsprechende Zusagen gemacht habe, habe ich Herrn Emil Ludwig nicht gesagt. Als ich meine Verwunderung und Erregung über Dr. Geßlers Auffassung kundgab, erwiderte er mir, ich kenne die Bayern nicht. Die Bayern wollten und brauchten einen König, den man ihnen auf die Dauer doch nicht vorenthalten könne.

*

Reichswehrminister Dr. **Geßler** ließ dem „Berl. Tagbl." folgende Zuschrift zugehen: Zu der Darstellung von Herrn Dr. Luppe in der „Frankfurter Zeitung" habe ich folgendes zu bemerken:

„1. Herr Dr. Luppe erkennt ausdrücklich an, daß die Darstellung Emil Ludwigs, ich hätte mit Beauftragten des Kronprinzen Rupprecht von Bayern verhandelt und ihnen für den Fall eines Putsches die Neutralität der Reichswehr versprochen, **unwahr** ist. Damit ist festgestellt, daß die von Ludwig gegen mich erhobene Beschuldigung, ich hätte irgendwie aktiv an den von den bayerischen Monarchisten versuchten Putschen mitgewirkt, entweder von Ludwig erfunden ist, oder auf einem Mißverständnis in einer Unterhaltung mit Luppe beruht.

2. Im übrigen reproduziert Luppe ein **Privatgespräch** aus dem vorigen Jahre, das ich bei einem persönlichen Besuche bei ihm unter vier Augen hatte. Da ich darüber keinerlei Aufzeichnungn besitze, ist es mir nicht möglich, meine Äußerungen wörtlich zu wiederholen. Ich kann nur darauf hinweisen, daß seit dem Zusammenbruch entsprechend meiner ganzen Auffassung **mein ganzes öffentliches Wirken** lediglich dem Gedanken der **Reichseinheit** galt, daß ich öffentlich und privat überall die Auffassung vertreten habe, daß die Aufwerfung der monarchistischen Frage in Bayern meiner Überzeugung nach das Ende des Reiches jedenfalls eine schwere Schädigung Bayerns bedeuten würde, und daß sie deshalb **mit allen Mitteln verhindert** werden müsse. Ich nehme in dieser Sache genau denselben Standpunkt ein, wie alle reichstreuen Bayern, gleichgültig, ob Republik oder Monarchie ihr Ideal ist. Was meine angebliche Bemerkung über das **Verhalten der Reichswehr** im Falle eines monarchistischen Putsches anlangt, so ist es **ganz ausgeschlossen**, daß ich mich so geäußert habe, wie Luppe es darstellt.

Da somit einstweilen Äußerung gegen Äußerung über den Inhalt eines zeugenlosen Privatgespräches steht, glaube ich einer restlosen Aufklärung dieser Angelegenheit, auf die die Öffentlichkeit nunmehr ein Recht hat, am besten dienen zu können, wenn ich meinen Parteifreund, Rechtsanwalt Haas bitte, **die möglichen Feststellungen zu treffen**. Bis dahin werde ich mich weiterer Veröffentlichungen enthalten."

Die Erwerbslosenfürsorge in der zweiten Oktoberhälfte. In der Zeit vom 15.—31. Oktober 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge von 299 000 auf 364 000 d. i. um rund 22 **% gestiegen**. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger hat sich von 274 000 auf 333 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 25 000 auf 31 000 erhöht. Die Zahl der Zuschlagsempfänger ist von 359 000 auf 439 000 gestiegen.

Die Spareinlage in Preußen. Nach einer statistischen Korrespondenz sind den öffentlichen Sparkassen Preußens in den ersten dreiviertel Jahren 1925 542,5 Millionen Mark zugeflossen. Die Ende 1924 vorhandenen Spargelder der Kassen haben sich dadurch um 133,8% vermehrt, also weit mehr als das Doppelte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die nächste Sitzung des Völkerbundsrates

Die 37. Session des Völkerbundsrates wird in **Genf** am Montag, den **7. Dezember** ihren Anfang nehmen. Die provisorische Tagesordnung beschäftigt sich u. a. mit der Frage der Festsetzung der Grenzen zwischen der **Türkei und dem Irak**, sowie mit der Regelung des **griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfalles.** Weiter soll eine Reihe von **Minderheitsfragen** behandelt werden. Außerdem wird sich der Rat mit der Ausführung, der von ihm im letzten September gefaßten Beschlüsse für die finanzielle Wiederherstellung **Österreichs**, d. h. mit der unter gewissen Bedingungen erfolgenden Einstellung der Funktionen des Generalkommissars befassen. Eine weitere Frage stellt sich ihm bezüglich der von der Völkerbundsversammlung gefaßten Resolutionen über die **Rüstungsbeschränkungen.** Die Versammlung hatte den Rat eingeladen, vorbereitende Studien für die Organisation der Konferenz zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen anzuordnen. Dem Ratskomitee liegt die Aufgabe ob, diejenigen Fragen zu bestimmen, welche einer vorgängigen Prüfung hinsichtlich einer eventuellen Konferenz zu unterziehen sind.

Demission des polnischen Kabinetts

Das polnische **Gesamtministerium** hat wie aus **Warschau** gemeldet wird, nachdem zuerst Ministerpräsident **Grabski** seinen Rücktritt erklärt hatte, **seine Demission eingereicht**, die vom Staatspräsidenten noch in den Abendstunden des Freitags bewilligt wurde. Der Innenminister wurde mit der Fortführung der Geschäfte des Ministerpräsidenten und der Handelsminister mit der Leitung des Finanzministeriums betraut.. Doch ist eine Entscheidung über die Persönlichkeit die mit der Bildung des **Kabinetts** betraut werden soll, noch nicht gefallen.

Ministerpräsident **Grabski** gab als Grund für seinen Rücktritt an, daß der Sejm seine drei **Sanierungsgesetze**, die ihn in der Hauptsache zum Abschluß ausländischer Anleihen ermächtigen sollen, verschleppe und ihm feindlich gesinnt sei. Ein weiterer Grund für sein Rücktrittsgesuch ist sein Zwist mit der Leitung der Bank Polski, vor allem wegen der Stützungspolitik des Zloths, die die Bank Polsky offensichtlich in der jetzigen Weise nicht fortsetzen will. Grabsky hat bisher drei Interventionsanleihen aufgenommen, aber es ist nicht bekannt, welche Garantien er geben mußte, man vermutet, daß sie recht schwerer Natur sind. Auch bleibt es ein Geheimnis, wie viel vom Ertrag dieser Anleihen bei den Stützungsaktionen für den Zloty bereits verbraucht wurde. Es wird behauptet, daß der Sturz des Zloty dadurch veranlaßt wurde, daß die Bank Polsky nicht in der Lage ist, weitere Stützungsaktionen vorzunehmen, zumal ihr eigener Devisenbestand auf 8 Millionen Zloty gesunken ist, wonach also mit dem Ertrag der amerikanischen Anleihe 400 Millionen Devisen in diesem Jahre verbraucht wurden. Die Finanz- und Wirtschaftslage Polens ist sehr ernst. Dazu drohen überall Streiks und der Zloty ist weiter im Sinken begriffen. Da es unmöglich ist, irgend eine Mehrheit im Sejm zustandezubringen, und die nationalen Minderheiten von einer Regierungsmehrheit ausgeschlossen werden sollen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als ein außerparlamentarisches Kabinett zu gründen.

Der polnische Landtag hat den Antrag der radikalen Bauernpartei auf **Auflösung des Sejm mit 204 gegen 97 abgelehnt.**

Aufhebung der Reichsbahndirektion Stuttgart? Die Mitglieder der württembergischen Zentrumsfraktion haben im Landtag folgende kleine Anfrage eingebracht: „Nach zuverlässigen Mitteilungen sind Bestrebungen im Gange, die bisherige Selbständigkeit der Reichsbahndirektion Stuttgart einzuschränken bezw. sie einer zentralen süddeutschen Gruppendirektion Frankfurt a. M. anzugliedern. Sind dem Staatsministerium diese Bestrebungen der Reichsbahnhauptverwaltung bekannt? Was gedenkt das Staatsministerium zu tun, um eine solche, die Interessen Württembergs schädigende Maßnahme zu verhindern?"

Die Erhöhung der steuerfreien Einkommengrenze. Zu der Mitteilung des „Vorwärts", daß in den nächsten Tagen dem Reichsrat ein Gesetzentwurf über die Erhöhung der steuerfreien Einkommengrenze auf M 100.— monatlich vom 1. Januar ab zugehen werde, erfährt das „B. T.", daß das Reichsfinanzministerium über diesen Plan mit den Vertretern der Länder im Reichsrat sich in Verbindung setzen werde und daß in den nächsten Tagen das Reichskabinett darüber entscheiden werde, ob die in Aussicht genommene Gesetzesvorlage auf der erwähnten Grundlage fußen soll.

Die Verbreitung der Einheitskurzschrift in den deutschen Schulen. Auf Grund einer Rundfrage über den Kurzschriftunterricht in den höheren Schulen Deutschlands gibt die Deutsche Stenographenzeitung einen Bericht über den jetzigen Stand der Verbreitung der neuen Einheitskurzschrift. Darnach sind an 1280 höheren Schulen Deutschlands 55481 Schüler in Einheitskurzschrift, 3891 in Stolze-Schrey, 788 in Gabelsberger, 110 in anderen Systemen im vergangenen Jahr unterrichtet worden. In Württemberg und Bayern, ebenso in Sachsen wird fast ausschließlich nach dem Einheitssystem unterrichtet. In Preußen erlernen 8778 Schüler die Einheitsstenographie, 2523 Stolze-Schrey, 409 Gabelsberger, 110 andere Systeme. Neuerdings ist auch in Österreich die Einheitskurzschrift amtlich vorgeschrieben worden.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Mehlverbrauch. In einer in **Weiden** (Oberpfalz) gehaltenen Rede kündigte der bekannte bayer. Bauernführer Dr. **Heim** an, daß die Katastrophe der deutschen Landwirtschaft im kommenden Frühjahr ungeahnte Formen annehmen werde. Angesichts des deutschen Überverbrauches an Weizenmehl und der Unverkäuflichkeit der deutschen Roggenernte verlangte Heim als einziges Hilfsmittel eine Zwangsmaßnahme, durch die wenigstens vorübergehend der Weizenmehlverbrauch eingeschränkt werde, der von Roggenmehl aber frei bleibe.

Teilamnestie für Roßbach. Wie die Blätter melden, hat der Staatsgerichtshof den Freikorpsführer **Roßbach** inbezug auf seine Tätigkeit vor dem Hitlerputsch amnestiert. Eine Amnestie wegen seiner Beteiligung an dem Münchener Putsch ist bisher nicht erfolgt. Nach dem Zusammenbruch des Hitlerunternehmens war Roßbach nach Österreich geflohen. Jetzt hält er sich nach den Blättermeldungen meist in Salzburg auf.

Eine optimistische Rede Churchills. In einer in **Edinburg** gehaltenen Rede sagte **Churchill** u. a., er glaube fest daran: wenn keine Unterbrechung durch industrielle Kämpfe oder sonst eine verhängnisvolle Katastrophe, der man nicht vorbeugen könne, eintrete, so werde in England im neuen Jahre ein jeder aufleben und eine merkliche Besserung der Geschäftstätigkeit erleben und, wie es ihm zukomme, sich eines gesteigerten Wohlstandes erfreuen dürfen. Den Locarnopakt bezeichnete Churchill als den **Versicherungsplan für vier große Nationen.**

Korfanty sämtlicher staatlicher Aufsichtsratsposten enthoben. Die polnische Regierung hat den Abg. Korfanty von den Aufsichtsräten sämtlicher ostoberschlesischer Staatsbetriebe abberufen. Es war dies der letzte Akt des scheidenden Ministerpräsidenten und Finanzministers.

Der Bürgermeister von Sofia ermordet. Der Bürgermeister von Sofia, **Madjaroff**, wurde Freitag vormittag auf der Straße in der Nähe des Rathauses von dem vor kurzem aus dem Dienste entlassenen Direktor der städtischen Bäder, Tomoff, **erschossen.** Als der Täter sah, daß sein Anschlag geglückt war, beging er Selbstmord.

Die Lage in Syrien. In Syrien dauern die Unruhen an. Beirut ist jetzt von Tausenden von Flüchtlingen gefüllt. Die Franzosen sollen aufs neue **Damaskus beschossen** haben. Diese Beschießung soll die Folge eines die ganze Nacht dauernden Kampfes sein, bei dem eine starke Abteilung Aufständischer die Stadt geplündert habe. Zahlreiche Flüchtlinge begeben sich nach der Palästina-Grenze. Die englischen Behörden schicken Verstärkungen zur Grenze, um die Aufständischen an dem Betreten ihres Mandatsgebietes zu verhindern.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Baden hatte gestern meist bewölktes trockenes Wetter bei Temperaturen, die etwa 5 Grad unter dem normalen lagen. — Die Wetterlage beginnt zyklonal zu werden. Das Hochdruckgebiet hat sich bedeutend abgeschwächt. Über der Nordsee bildet sich eine Zyklone. An Irlands Westküste zeigt sich der Aufgleitregen einer neuen Zyklone westlich Island. Auch im Osten liegt von Wilna bis Wien eine Aufgleitlinie. Warme Luftmassen gleiten von Südosten her an der über Mitteleuropa liegenden Kaltluft empor und verursachen westlich der Aufgleitlinie Niederschläge. Der Zyklonalcharakter der Wetterlage wird sich verstärken, es steht mildes Wetter bevor. **Voraussage für Sonntag:** Milder, bedeckt, noch meist trocken, Gebirge teilweise wolkenfrei, schwache veränderliche Winde. **Für Montag:** Weitere Temperaturzunahme, zeitweise Regen.

Badischer Teil

Zum Fall Hau

In der Presse und anderwärts umlaufende Gerüchte geben Anlaß, zur Klarstellung der Sachlage folgendes bekannt zu geben:

Mit Entschließung des Staatsministeriums vom 28. November 1919 wurde der zum Tode verurteilte und nachher zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigte **Karl Hau** aus Großlittgen zunächst auf den 15. April 1925 endgültig begnadigt. Einem im Jahre 1924 neuerdings eingereichten Gnadengesuch um frühere Entlassung aus der Strafhaft entsprach das Staatsministerium in der Weise, daß es Hau hinsichtlich des bis 15. April 1925 noch zu verbüßenden Teils der Strafe **bedingte Strafaussetzung mit Bewährungsfrist** bis zum 1. August 1930 bewilligte. Dieser Gnadenerweis erging nicht nur unter der allgemeinen Voraussetzung einwandfreier Führung, sondern auch unter der ausdrücklichen Bedingung, daß er alle ehrenkränkenden Angriffe gegen die von ihm Ermordete oder ihre Angehörigen, auch jeden Mißbrauch seiner Straftat, seiner Verurteilung oder Strafverbüßung zu Angriffen gegen die beteiligten Behörden oder zu Filmdarstellungen oder zu sensationellen schriftstellerischen Darlegungen unterlasse. Nachdem Hau durch die Veröffentlichungen über seine Strafhaft und über das Verfahren in einer Berliner Tageszeitung und in Buchform dieser Bedingung offensichtlich zuwidergehandelt hat, hat das Staatsministerium **den Strafurlaub auf Wohlverhalten** mit Entschließung vom 27. v. Mts. **widerrufen.**

Die Vertreter d. besetzten Hanauerlandes beim Reichspräsidenten

An dem Empfangstee zu Ehren des Reichspräsidenten im Staatsministerium in Karlsruhe nahmen, wie aus **Kehl** berichtet wird, auf Einladung des Staatspräsidenten Landrat **Schindele** als Vertreter des besetzten badischen Gebietes und Bürgermeister Dr. **Kraus** und Gemeinderat **Meyer-Enders** als Vertreter der Stadt Kehl teil. Landrat **Schindele** überbrachte dem Reichspräsidenten die **Grüße des Hanauerlandes**, verbunden mit dem Gelöbnis, daß die deutschen Einwohner des badischen besetzten Gebietes stets unentwegt zum Reiche stehen und nach wie vor ihre Pflicht tun würden. Bürgermeister Dr. **Kraus** sprach im gleichen Sinne namens des Gemeinderats und der Bürgerschaft von Kehl. In seinen Dankesworten brachte der **Reichspräsident** zum Ausdruck, daß er sich des Hanauerlandes sehr wohl entsinne und mit seinen Bewohnern fühle. Er entließ Landrat Schindele und Dr. Kraus mit den Worten: „Grüßen Sie die treuen deutschen Brüder."

Verband badischer Gemeinden

Der Verbandsvorstand hielt am 7. November in Karlsruhe eine Sitzung ab, in der u. a. folgende Beschlüsse gefaßt wurden:

Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung. Nach § 20 der badischen Verfassung sind die Gemeinden vor der gesetzlichen Regelung der sie berührenden allgemeinen Fragen zu hören. Der Vorstand hält in Übereinstimmung mit den Städteverbänden eine stärkere und wirksamere Beteiligung der Gemeinden an der Gesetzgebung für dringend erforderlich. Ein entsprechende Antrag ist zu stellen. Die **Wohnungszwangswirtschaft** läßt sich in ihrer heutigen Form auf die Dauer nicht aufrecht erhalten. Den Gemeinden soll deshalb das Recht verliehen werden, die Aufhebung zu beschließen, wenn die örtlichen Verhältnisse dies geboten erscheinen lassen, damit ähnlich wie beim Aufbau der einschlägigen Gesetzgebung jetzt auch der Abbau sich allmählich vollzieht. Ein Antrag hiernach ist zu stellen.

Dem Entwurf eines Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes wird im allgemeinen zugestimmt, da er im Zuge der

---

Karlsruher Konzerte

Sonderlich zwei Veranstaltungen — am Anfang und Ende der konzertreichen Woche — waren es, die in erhöhtem Maß interessierten. Zunächst trat ein Münchener Pianist **Bruno Maischhofer** mit einem nach großen Gesichtspunkten geordneten Programm vor die hiesige Öffentlichkeit und hatte, da unter seinen Händen gleich drei der wohl schwierigsten Werke der gesamten Literatur als selbständige Gegebenheiten emporwuchsen, einen sehr starken Erfolg. Für einen durchschnittlichen Klavierspieler wäre allerdings ein solches Programm leicht eine Gefahr geworden, er hätte wahrscheinlich nicht einmal physisch durchhalten können, ganz abgesehen von der geistigen Beherrschung, die Voraussetzung einer so reichlich und reiflich erwogenen Leistung ist. Aber Bruno Maischhofer ist offenbar der erfahrene Klavierkünstler, der es wagen darf, drei der gewaltigsten Variationenwerke mutig herauszugreifen und zu vorbildlichem, künstlerisch wie technisch richtigem Vortrag zu bringen. Schon sein Gestaltungsversuch der Händelvariationen von Brahms ließ aufhorchen, denn das war vornehmlich Wahrung der großen Perspektive und machte den Zuhörern sofort das Verfolgen der Linie leicht, auf der sich die Entwicklung bis zur abschließenden Fuge vollzieht. In klaren Zügen leuchtete sodann ein Widerschein von Beethovens Geist aus den Eroica-Variationen (op. 35); in Gliederung, Reinheit und Präzision des Ausdrucks und ebenso in dem spürbaren Aufzucken dramatischer Dynamik war das vielleicht die wertvollste nachschaffende Tat des Abends, der aber auch die Wiedergabe von Regers Telemann-Variationen (op. 134) kaum nachstand. Man möchte fast alte Überschriften von Telemann selbst wie „Harmonischer Gottesdienst" und das Wort vom „getreuen Musikmeister" zitieren, um das Wesentlichste dieser erstaunlichen Leistung hervorzuheben, die fern aller theoretisierenden Rechthaberei und philologischen Kleinlichkeit den klanglichen Individualismus des Werkes bis zu seinen letzten Ausstrahlungen neu durchlebte und in der alles sprengenden Durchbruchskraft der Fuge doch noch eine höchste Steigerung gab. Und diesem Programm fügte Bruno Maischhofer dann noch vom universalsten aller Musiker, von Bach, die chromatische Fantasie hinzu, damit erst recht dem Abend seine Einmaligkeit sichernd und den Gesamteindruck zu einer unlösbaren Einheitlichkeit verschmelzend —, Pianisten von so festumrissener Wesenheit sind in der Tat als künstlerische und erzieherische Erscheinungen selten und himmelweit von dem sonst Üblichen zu unterscheiden. Bruno Maischhofer zählt fortan in den deutschen Konzertsälen zu den beachtenswertesten Figuren. An dem starken Beifall war jedenfalls zu merken, daß auch das Publikum das dankbar erkannt hatte.

Um chronologisch zu berichten, muß hier auf zwei Liederabende in der Wochenmitte hingewiesen werden. Da kam wieder einmal **Hermann Jadlowker**, ohne daß der Eindruck erheblich von dem abwich, der hier als Ergebnis seines Konzertes vor bald drei Jahren geschildert worden war. Seinen Erfolg verdankt der Sänger noch immer den eminenten technischen Qualitäten der Atemführung und einer sehr kontinuierlichen Anwendung des Falsetts. Freilich kann er mit diesen Mitteln nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein Tenor schon mancherlei an Wohllaut, Weichheit und Fülle des Tones eingebüßt hat. Im großen und obendrein herzlich schlecht besuchten Festhallesaal machte sich natürlich der Umstand, daß er doch nicht mehr so ganz aus dem Vollen zu schöpfen oder (wie die Italiener sagen, von denen er vieles gelernt hat) „auf der Stimme zu gehen" vermag, besonders bemerkbar. In der Vortragsfolge interessierten außer zwei italienischen Arien vornehmlich Lieder von Rachmaninow und Gretschaninow. Durch eine Kollision mit einem zweiten Liederabend — wann wird endlich einmal durch eine Art Generalarbeitsplan diesem Übelstand gleichzeitigen Zusammentreffens wichtiger Veranstaltungen abgeholfen? — konnte ich sie selbst nicht mehr hören und kam leider doch zu spät, um von **Helen Sigrid Rothermel**, die in den Vier Jahreszeiten konzertierte, wenigstens die letzte Liedgruppe zu erhaschen. Nach zuverlässigen Ohrenzeugen kann hier aber immerhin festgestellt werden, daß diese junge sympathische Altistin erhebliche Fortschritte gemacht hat und ihr Publikum durch die Schönheit ihres stimmlichen Materials stark fesselte. Hier begleitete **Kitty von Teuffel**, dort **Georg Hofmann** flüssig und gewandt. Noch eine kurze Bemerkung ist nötig, bevor ich von dem zweiten musikalischen Hauptereignis der konzertgesegneten Woche spreche. Sie betrifft weniger **Bella Siris**, die uns als norwegische Tanztragödin und als eine der schönsten Frauen Europas angekündigt war, aber bei ihrem Gastspiel kaum rechtfertigte, unter die ersten Tanzgrößen gerechnet zu werden; zum andern obliegt mir hier auch nicht die Aufgabe, mich über die Schönheit eines fast nackten weiblichen Körpers zu verbreiten. Die Bemerkung betrifft den jungen Frankfurter Sänger **E. A. Weill**, in dem man ganz unvermutet und angenehm überrascht zwischen den Darbietungen, die teils durch verführerischen Reiz verblüfften, teils aber auch in gefährlichem Nachbarkreis des Kitsches sich bewegten, einen Bassisten mit voluminöser und technisch ganz auf den belcanto eingestellter Stimme kennen lernte. In **Lydia Serck** hatte er zudem eine gute Begleiterin.

Das letzte und — wie mir scheint — wertvollste Begebnis der Woche war der Kammermusikabend des **Berner Streichquartetts**, das überdies zum erstenmal in Karlsruhe konzertierte und den Anfang mit den im Rahmen der Schweizer Tage vorgesehenen musikalischen Darbietungen machte. Selten wird — auch bei reproduktiven Künstlern von größtem Stil — eine solche hohe Kultur des Klanglichen erreicht, selten ist auch der Kontakt unter vier Ausübenden durch ein so festes inneres, ja geistiges Verhältnis zu den jeweiligen Werken bedingt. Den leider nicht sehr zahlreich Anwesenden boten die Herren **Alphonse Brun, Walter Gorrause, Hans Blume** und **Lorenz Lehr** jedenfalls einen außergewöhnlichen Genuß durch die erstaunliche Wärme und Plastik ihres Spieles sowie durch das feine Gefühl für Formung und Schattierung, das den Schöpfungen ihrer Landsleute sehr zugute kam. So hörte man ein schönes Jugendwerk von **Walter Schulthess** (Zürich) mit großem Wohlgefallen und freute sich ob seiner fülligen Stimmführung. **Gustave Doret's** jüngstes Streichquartett in D-dur, das bei dieser Gelegenheit wohl seine erste Aufführung in Deutschland erlebte, zeigt deutlich westliche Einflüsse, ist aber ein außerordentlich präzis und schwungvoll gearbeitetes Musikstück, das jedem Programm zur Zierde gereicht. Die stärkste kompositorische Potenz des Abends war zweifellos **Arthur Honegger**, der durch ein neues Duo für zwei Violinen im Programm vertreten war. Ohne ultramodern zu sein enthielt aber gerade dies Werk so ziemlich alles, was wir heute von Musik erwarten: Eine stark geistige, jeder überflüssigen Ausmalung abholde Zwiesprache, die vom ersten bis zum letzten Ton unbedingt fesselt. Wir hoffen, daß die „Berner Vier" für die nächsten Schweizer Konzerte nun eine günstigere Atmosphäre geschaffen haben, müssen es jedoch lebhaft bedauern, daß gerade dies Quartett, das immerhin in seiner Heimat und auch außerhalb der Grenzen der Schweiz für die einzige bedeutende künstlerische Kammermusikvereinigung des heutigen Schweizerlandes angesehen wird, von den Karlsruher Musikkreisen, die sonst gern als maßgebend gelten wollen, vollständig ignoriert wurde.

H. Sch.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Entwickelung dieses Fürsorgezweiges liegt. Die Verteilung der anteiligen Verwaltungskosten auf die einzelnen Gemeinden darf aber nicht durchweg nach der Einwohnerzahl, sondern nur nach Maßgabe der Inanspruchnahme oder nach dem Verhältnis der Gewerbesteuerwerte oder nach einem sonstigen die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigenden Maßstab (Vorwegbeitrag) erfolgen.

Die Verbandsgemeinden verlangen im Verwaltungsausschuß des Landesamtes für Arbeitsvermittelung eine ihrer Bedeutung und ihren Leistungen entsprechende Vertretung.

Standesamtswesen. Die zur Zeit gültigen Bestimmungen des Personenstandesgesetzes über den Fortfall der Personalangaben der Eltern in den Standesregistern (Sterbe- und Heiratsregistern) haben sich nicht bewährt. Es soll deshalb beantragt werden, daß der frühere Rechtszustand wieder hergestellt wird.

Vereinigung abgesonderter Gemarkungen mit benachbarten Gemeinden. Nach § 105 der Gemeindeordnung sollten die abgesonderten Gemarkungen bis 1. I. 1925 mit benachbarten Gemeinden vereinigt sein. Diese Vereinigung ist im allgemeinen auch durchgeführt. Nur die staatseigenen abgesonderten Gemarkungen stehen zum größten Teil noch aus. Es soll nochmals Vorlage an den bad. Landtag erstattet werden.

Bezirksfürsorgeverband und Fürsorgeaufwand. Die Organisation der Bezirksfürsorgeverbände und die hohe Belastung der Gemeinden mit Verwaltungskosten und Fürsorgeaufwendungen waren Gegenstand eingehender Beratungen. Der Angelegenheit soll fortgesetzte Aufmerksamkeit geschenkt werden, um zu gegebener Zeit Änderungsanträge zu stellen.

Gewerbesteuererhebung in den Gemeinden. Ein besonderes Anhörungsrecht der amtlichen Berufsvertretungen von Industrie, Handel und Handwerk vor der Festsetzung der gemeindlichen Gewerbesteuern kann der Vorstand nicht anerkennen, da alle Bevölkerungsschichten in den Bürgerausschüssen vertreten sind u. eine Bevorzugung einzelner Berufsvertretungen nicht gerechtfertigt ist.

Landstraßenunterhaltungsaufwand. Da der badische Staat die Kraftfahrzeugsteuer ganz für sich beansprucht, obwohl die Kreise und die Gemeinden den größten Teil des gesamten Straßenbau- und Unterhaltungsaufwandes zu tragen haben, ist Antrag auf Verminderung des an den badischen Staat zu leistenden Gemeindebeitrags zum Bau- und Unterhaltungsaufwand der Landstraßen zu stellen.

Neugestaltung des Steuereinzugs. Der Vorstand bedauert außerordentlich, daß es der badischen Staatsregierung nicht gelungen ist, den Einzug der Reichssteuern den Gemeinden gegen eine entsprechende Vergütung zu übertragen, um der Bevölkerung die Steuerzahlung am Ort zu ermöglichen. Durch tatkräftige Unterstützung der Anträge des Verbandes bad. Gemeinden muß nachträglich das noch zu erreichen versucht werden.

Mitwirkung der Gemeinden in Steuersachen. Von den Gemeinden wird fortgesetzt die Verrichtung von zeitraubenden und kostspieligen Arbeiten für die Steuerbehörden gefordert, ohne daß dafür eine entsprechende Vergütung gewährt wird. Im Hinblick darauf, daß bei der letzten Änderung des Finanzausgleichsgesetzes der Steueranteil der Länder, in dem auch die Steueranteile der Gemeinden enthalten sind, in Baden um 80 Millionen Mark jährlich zu Gunsten des Reichs vermindert worden ist und da dieser Steuerausfall durch die neueste Änderung des bad. Steuerverteilunsggesetzes restlos auf die Städte und Gemeinden abgewälzt wurde, sind diese nicht mehr in der Lage, die Geschäfte umsonst zu besorgen. Ein Antrag auf entsprechende Vergütung ist deshalb erneut zu stellen.

Fahrplankonferenz in Triberg

In **Triberg** fand am Samstag eine Fahrplankonferenz statt, zu der das Bürgermeisteramt Triberg im Benehmen mit der **Reichsbahndirektion Karlsruhe** alle interessierten Stellen vom **Niederrhein bis zur Ostschweiz und Nordostschweiz** eingeladen hat. Es handelt sich um die Verkehrs- und Fahrplanfragen im Zuge der internationalen Verbindung **Holland—Rheinland—Baden—Schwarzwald—Bodensee—Schweiz,** wo die alte Stellung der doppelgleisigen Hauptbahn über den Schwarzwald, der schönsten Gebirgsbahn Deutschlands, allmählich wieder zu erreichen angestrebt wird. Neben der Führung direkter Züge spielt auch die Stellung von Kurswagen über lange Strecken eine besondere Rolle, ebenso auch die ganzjährige Führung der stark benutzten und gut eingebürgerten beschleunigten Personenzüge, die bisher zwischen Frankfurt und Konstanz liefen, deren Anschließung an entsprechende rheinische Züge aber erwünscht scheint. Für die Konferenz sind drei Referate vorgesehen über die Stellung der Schwarzwaldbahn im Zug der genannten Verbindung, über die Fragen im engeren südwestdeutschen Verkehr und über die **Elektrifizierung** der Schwarzwaldbahn in Verbindung mit den gleichen Plänen für die Hauptbahn Mannheim—Basel. Auch die Wiederschaffung von ausreichenden Zufahrten im Zug von Berlin und Hamburg durch Einstellung von Kurswagen wird in Frage kommen.

Zum Bahnbau Titisee—St. Blasien

Wie das „Echo vom Hochfirst in **Neustadt** (im Schwarzw.) berichtet, hat nach einer Mitteilung des Reichstagsabg. Hermann **Dietrich** aus Berlin die Reichsbahngesellschaft nunmehr die Verhandlungen mit der badischen Regierung wegen Aufbringen der Mittel für den **St. Blasier Bahnbau** vor kurzem abgeschlossen, so daß jetzt der Auftrag zur Fertigstellung des Bahnbaues bis **Seebrugg** erteilt worden sei.

Aus der Landeshauptstadt

Eckener-Ehrung. Nach dem eindrucksvollen Eckener-Abend in der Festhalle am Donnerstag abend fand zu Ehren Dr. Eckeners ein geselliges Beisammensein im Hotel Germania statt, das von den hiesigen Luftfahrtvereinen veranstaltet wurde. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. Staatspräsident Dr. **Hellpach** und zahlreiche Vertreter von Wissenschaft, Handel und Industrie. Der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger Luftschiffer in Baden, **Knappe,** überreichte Dr. Eckener eine Ehrenurkunde. Der Vorsitzende des Fliegerbundes Karlsruhe, Rittmeister a. D. **Grafenstein,** übergab dem Führer des Z. R. III die goldene Ehrennadel des Fliegerbundes Karlsruhe. Dr. **Eckener** dankte mit herzlichen Worten. Die lebhafte Anteilnahme werde ein Ansporn sein, am Werke Zeppelins weiter zu arbeiten.

Die 24 Stundenzeit im Eisenbahnfahrplan. Im Laufe der letzten Jahre sind fast alle ausländischen Bahnen zur Anwendung der 24 Stundenzeit im Eisenbahnverkehr übergegangen. Auch in Deutschland sind derartige Bestrebungen im Gange; insbesondere haben sich die Verkehrsvereine und Verbände sowie die Handelskammern dafür ausgesprochen. Wohl den ersten Fahrplan in Deutschland unter Anwendung der 24 Stundenzeit hat soeben der **Verkehrsverein Mannheim,** mit einem kleinen Reisehandbuch „Mannheim im Fernverkehr, Winter 1925/26" herausgebracht.

Postpaketversand. Die Deutsche Reichspost hat schon seit längerer Zeit vorgeschrieben, daß bei Versendung von Postpaketen ein Doppel der Aufschrift in das Paket obenauf zu legen ist, damit die Sendung auch in die Hände des Empfängers gelangt, wenn etwa die äußere Aufschrift verloren geht. Leider wird diese Anordnung von den Paketauflieferern häufig außer acht gelassen, wie die Zahl der unanbringlichen Pakete beweist. Die Versender von Postpaketen werden deshalb in ihren eigenen Interessen auf diese wichtige Vorschrift der Deutschen Reichspost aufmerksam gemacht.

Ermäßigung des Preises für Kalbfleisch. Nach Mitteilung der Metzgerinnung hat sich der Preis für Kalbfleisch um 10 Pfg. je Pfund ermäßigt. Kalbfleisch kostet somit 1,30 bis 1.40 Mark.

Badisches Landestheater. Als Volksbühnenvorstellung gehen am Montag, den 16. November, die zu einem **„Russischen Komödienabend"** vereinigten Komödien „Er ist an allem schuld" von Leo Tolstoi und „Die Heirat", eine unglaubliche Begebenheit von Nikolaj Gogol, in Szene. Zu dieser Vorstellung sind noch Plätze im vierten Rang für das allgemeine Publikum an der Tages- und Abendkasse erhältlich. Die dritte Aufführung von Schillers neueinstudiertem Trauerspiel **„Die Räuber"** findet am Donnerstag, dem 19. November statt. Ihr schließt sich am Samstag, dem 21. November, die Shakespeare'sche Komödie **„Was ihr wollt"** oder **„Der Dreikönigsabend"** an, die an diesem Tage neueinstudiert und in völliger Neuinszenierung zum erstenmal nach sieben Jahren wieder im Spielplan erscheint.. Im Konzerthaus wird am Dienstag, dem 17. und am Freitag, dem 20. November **„Das Elsässische Theater Karlsruhe"** mit der **„Pariser Reis'"** ein zweimaliges Gastspiel absolvieren. — Als nächste Erstaufführung befindet sich für Anfang Dezember die dramatische Historie **„Juarez und Maximilian"** von Franz Werfel in Vorbereitung. — Zu Beginn der Woche vom 15. bis 22. November steht die Erstaufführung der **Oper** in vier Akten **„Abenteuer des Casanova"** des Schweizer Komponisten Volkmar Andreae. Am Dienstag, den 17. November werden die Einakter **„Gianni Schicchi"** und **„Die schöne Galathe"** wiederholt. Am Mittwoch, den 18. folgt Webers **„Freischütz".** Robert Butz singt die Partie des „Max", Malie Kanz die „Agathe" u. Franz Schuster den „Eremiten". Am Freitag, den 20. ist die erste Wiederholung von Andreae's **„Abenteuer des Casanova"** unter persönlicher Leitung des Komponisten. Am Sonntag, den 22. gelangt Wagners **„Lohengrin"** zur Aufführung und zwar unter musikalischer Leitung von Ferdinand Wagner. Dieser Abend bringt ein Ehrengastspiel von Kammersänger Max **Büttner** als „Telramund" und Wilhelm Nentwig singt den „Lohengrin". Die übrige Besetzung ist die der Erstaufführung anläßlich der Karlsruher Zeppelin-Eckener-Woche wird am heutigen Samstag, vor Beginn der „Fledermaus"-Vorstellung Herr Staatsschauspieler **Ulrich von der Trenck** einen auf die Bedeutung dieser Woche hinweisenden Prolog sprechen.

Der Don-Kosaken-Chor gibt am morgigen Sonntag, abends 8 Uhr im Festhallesaal ein einziges Konzert mit gänzlich neuem Programm. Der Chor hat überall in Deutschland, wie auch im Ausland ganz einzigartige Erfolge aufzuweisen. Er ist in Deutschland in den größten Städten über 20 mal aufgetreten. Der Don-Kosaken-Chor hat vor einem Monat eine längere Tournee in England beendet, in London eine große Anzahl von Konzerten gegeben, darunter in der großen Royal Albert Hall. Auch die Engländer sind aus ihrer sonst so üblichen Reserve hervorgetreten, und die Zeitungen erkannten rückhaltlos an, daß besonders die deutschen Pressestimmen absolut nicht übertrieben seien.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Mannheim,** 14. Nov. Die **Rattenplage** in Mannheim hat einen solchen Umfang angenommen, daß auf behördliche Anordnung hin dieser Tage eine allgemeine Razzia angeordnet worden ist.

DZ. **Heidelberg,** 13. Nov. Die **Universität** hält am 21. November mittags 11 Uhr in der Aula des Universitätsgebäudes ihre **Jahresfeier** ab.

DZ. **Neckarsulm,** 14. Nov. Die **Neckarsulmer Fahrzeugwerke** arbeiten mit ihrer Fahrrad- und Freilaufbremsnabenfabrikation vom 16. November an **wieder voll.** Man hofft, die anderen Abteilungen bald nachfolgen lassen zu können.

DZ. **Kehl,** 14. Nov. Am Mittwoch nachmittag verließ der Rheinschlepper France mit zwei Kähnen im Anhang den Hafen von Straßburg, um die Reise stromabwärts anzutreten. Als die Dunkelheit eintrat, ging der Schiffszug etwa 500 m von Lauterburg entfernt vor Anker. Gegen 10 Uhr bemerkte die Mannschaft des Kahnes Balaine, daß das **Schiff leck geworden** war, und bereits eine Stunde später sank es mit seiner etwa 600 t betragenden **Ladung Kali.** Der Kahn gehört einer französischen Gesellschaft . Die Schiffahrt erleidet keine Störung.

DZ. **Furtwangen,** 13. Nov. Am Donnerstag gegen 7 Uhr gellte plötzlich der **Feuerruf** durch die Stadt. Der **Bühl-Martinshof,** einer der ältesten Bauernhöfe der Gegend, dem allerdings der Zahn der Zeit übel mitgespielt hatte, brannte. Mit rasender Geschwindigkeit ergriffen infolge des Ostwindes die Flammen von dem Anwesen Besitz. In knapp drei Stunden war der ganze Hof vollständig niedergebrannt. Die Bewohner des Hofes, kleine Leute, die dort in Miete wohnten, haben fast gar nichts retten können.Es wird angenommen, daß das Feuer durch die schlechte Herdbeschaffenheit ausbrach, da der Bühl-Martinshof nach der Art der alten Bauernhöfe keinen Kamin besaß.

DZ. **Konstanz,** 13. Nov. Die Handwerkskammer Konstanz begeht am 15. November die Feier ihres 25jährigen Bestehens. Die anläßlich dieser Feier herausgegebene Jubiläumsschrift gewährt einen inhaltsreichen Überblick über die Geschichte der Kammer und ihre Bedeutung für das Handwerk.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	14. Nov. Geld	14. Nov. Brief	13. Nov. Geld	13. Nov. Brief
Amsterdam 100 G.	168.82	169.24	168.82	169.24
Kopenhagen 100 Kr.	103·72	103.98	103.54	103.80
Italien . . 100 L.	16.96	17.00	16.98	17.02
London . 1 Pfd.	20.332	20.382	20.332	20.382
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	16.91	16.95	17.12	17.16
Schweiz . 100 Fr.	80.82	81.02	80.83	81.03
Wien 100 Schilling	59.08	59.22	59.11	59.25
Prag . . 100 Kr.	12.425	12.465	124.42	124.46

Zuteilung überall 100 Prozent

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Staatliche Prüfung von Krankenpflegerinnen.

Gemäß § 2 Absatz 2 der Verordnung vom 1. Oktober 1919 werden die Mitglieder der Kommission für die staatl. Prüfung von Krankenpflegerinnen an der bei der Evangelischen Diakonissen-Anstalt Karlsruhe zu errichtenden Krankenpflegeschule ernannt:

Med.-Rat Dr. **Battlehner,** zugleich Vorsitzender, Chefarzt Dr. **Krumm,** leit. Arzt Dr. **Turban,** sämtliche in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 6. November 1925.

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. Roemer.

Bekanntmachung.

Gemäß § 5 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922 Seite 873) wurden auf Grund der in den Jahren 1924 u. 1925 abgehaltenen Verwaltungsassistentenprüfungen als für den einfachen mittleren Dienst befähigt erklärt:

Benz Karl, Kanzleiassistent in Freiburg, **Breitsch Sofie,** Bürogehilfin beim Ministerium des Innern, **Brümmer Bernhard,** Wachtmeister in Waldshut, **Dilger Josef,** Kanzleiassistent in Freiburg, **Eichsteller Friedrich,** Verwaltungsassistent beim Ministerium des Innern, **Fabian Jakob,** Kanzleigehilfe in Mosbach, **Farrin Friedrich,** Kanzleiassistent in Wolfach, **Frick Martha,** Bürogehilfin beim Landeskommissär in Karlsruhe, Gärtner **Josef,** Kanzleigehilfe in Pforzheim, **Gehring Fritz,** Wachtmeister in Heidelberg, **Grab Wilhelm,** Bürogehilfe beim Ministerium des Innern (Landesfürsorgeverband), **Groß Karl,** Verwaltungsassistent beim Ministerium des Innern (Landesfürsorgeverband), **Hug Adolf,** Verwaltungsassistent in Konstanz, **Huthmacher Wilhelm,** Kanzleiassistent in Pforzheim, **Kiesel Hermann,** Kanzleigehilfe in Sinsheim, **Kirschner Karl,** Kanzleigehilfe in Bruchsal, **Koch Adolf,** Verwaltungsassistent beim Ministerium des Innern, **Link Rudolf,** Kanzleiassistent beim Ministerium des Innern, **Müller Max,** Amtsgehilfe in Heidelberg, **Pätzke Karl,** Bürogehilfe in Freiburg, **Peters Martin,** Kanzleigehilfe in Heidelberg, **Reck Richard,** Wachtmeister in Rastatt, **Rupp August,** Kanzleiassistent in Heidelberg, **Schilling Heinrich,** Bürogehilfe in Karlsruhe, **Schlehr Friedrich,** Kanzleigehilfe in Bretten, **Schmitt Valentin,** Kanzleiassistent bei der Gebäudeversicherungsanstalt hier, **Weilhardt Karl,** Kanzleiassistent beim Ministerium des Innern, **Zuber Heinrich,** Kanzleiassistent in Lahr.

Karlsruhe, den 3. November 1925.

Der Minister des Innern
J. A.: Dr. A. Jung

Staatsprüfung für Maschineningenieure im Spätjahr 1925

Die Regierungsbauführer **Walter Helberg** aus Hamburg und **Karl Friedrich Münzi** aus Görwihl haben die Staatsprüfung im Maschinenfach bestanden und sind zu Regierungsbaumeistern ernannt worden.

Karlsruhe, den 9. November 1925.

Der Minister der Finanzen
Dr. Köhler

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruhesetzungen usw.

der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums der Justiz

Ernannt:

Justizassistent Josef **Zeiser** beim Notariat Kenzingen zum Justizobersekretär beim Amtsgericht Karlsruhe; die Justizassistenten Albert **Vogt** bei der Staatsanwaltschaft Mannheim und Pius **Ulsamer** beim Notariat Gerlachsheim zu Justizsekretären, Bürogehilfe Heinrich **Reinhard** beim Notariat Mannheim zum Justizassistenten, Stenotypistin Irma **Ratz** bei der Staatsanwaltschaft Karlsruhe zur Kanzleiassistentin.

Versetzt:

Die Justizobersekretäre Julius **Wunsch** beim Notariat Offenburg zur Staatsanwaltschaft daselbst, Maximilian **Glaser** bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Landgericht daselbst, Wilhelm **Renner** beim Notariat Staufen zum Amtsgericht daselbst, Wilhelm **Hertel** beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst, Josef **Kaiser** beim Notariat Konstanz zum Amtsgericht Radolfzell, Ernst **Ding** beim Notariat Mannheim zum Amtsgericht daselbst, Heinrich **Schork** beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Mannheim, Justizsekretär Otto **Möhringer** beim Notariat Baden zum Notariat Lahr und Kanzleiassistent Friedrich **Brüderlin** beim Amtsgericht Baden zum Notariat daselbst; die Justizassistenten Heinrich **Krieger** beim Notariat Lahr zum Notariat Kenzingen u. Alfred **Spath** bei der Staatsanwaltschaft Offenburg zum Notariat daselbst, Kanzleiassistent Heinrich **Geißler** beim Amtsgericht Karlsruhe zum Landgericht daselbst; die Justizassistenten Josef **Knell** beim Landgericht Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst, Nikolaus **Kirschner** beim Notariat Bruchsal zum Notariat Mannheim und Kanzleiassistent Gustav **Kaul** beim Amtsgericht Bruchsal zum Notariat daselbst, Kanzleisekretär Alfred **Klotz** beim Amtsgericht Wiesloch zum Amtsgericht Heidelberg; die Kanzleiassistenten Josef **Kohn** beim Amtsgericht Konstanz zum Notariat daselbst, Rudolf **Schmidt** beim Amtsgericht Durlach zum Amtsgericht Karlsruhe und Karl **Lehmann** beim Amtsgericht Lörrach zum Notariat Wolfach.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Den Vorstand der Pfälzer Katholischen Kirchenschaffnei in Heidelberg, Finanzrat Heinrich **Kirchgäßner** nach erfolgtem Einverständnis mit dem Erzbischöflichen Ordinariat zum Oberfinanzrat.

Verwaltungsobersekretär Friedrich **Reble** im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Ministerialregistrator, Kanzleiassistent Otto **Müller** im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Kanzleisekretär, Kanzleiassistent Franz **Zittel** im Ministerium des Kultus und Unterrichts zum Verwaltungsassistent.

Planmäßig angestellt:

Der außerplanmäßige Kanzlist Karl **Constantin** im Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Zurückgenommen:

Die Ernennung des Hauptlehrers Oskar **Hofheinz** in Heidelberg zum Schulinspektor beim Kreisschulamt Freiburg.

Ministerium der Finanzen

Forstabteilung

Ernannt:

Oberforstwart Christian **Braun** in Mönchweiler (Amt Villingen) zum Förster

Pianos-Harmoniums erste Weltmarken, zu günstigen Preisen und Bedingungen. KARL LANG Kaisertraße 167¹ D947 Telefon 1073 Salamanderschuhhaus

ERÖFFNUNG 16. NOVEMBER

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

E.343

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.

Große Festhalle
Sonntag, **15.** November, 8 Uhr
Gast-Konzert
Don Kosaken-Chor
Leitung: **Serge Jaroff** E.854
Vollständig neues Programm
Karten zu Mk. 4.—, 3.—, 2.— und 1.50 bei
Kurt Neufeldt

Kleine Festhalle
Donnerstag, **19.** November, 8 Uhr
2. Schweizer-Konzert
Aufführung von
Othmar Schoeck: Elegie
Leitung: Der Komponist
Solist: Felix Loeffel (Bern), Bariton
Kammerorchester des Theater-Orchesters
Karten zu Mk. 2.— bei
Kurt Neufeldt

Syndikatfreies Werk sucht zum Vertriebe ihres **Ia Zementes** für hiesige Gegend einen geeigneten

Vertreter

gegen gute Provision.
Es wollen sich nur Herren mit besten Beziehungen zur Verbraucherkundschaft unter Beifügung eines Lebenslaufes melden. Angebote unter E. 901 an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung.

Geschäftsverlegung u. Empfehlung

Habe mein Geschäft nach der **Griesbachstraße** verlegt, gegenüber der Wirtschaft zum „Bannwald".

Karl Huber, Schreinermeister
Wohnung: Augartenstraße 24
Anfertigung kompletter Herren-, Speise- und Schlafzimmer, Büro- u. Kücheneinrichtungen

---

Händler! Hausierer! Marcadanten!

Glas- und Lametta-Christbaumschmuck kaufen Sie am billigsten bei
Haus Stadelmann, Schwabach b. Nbg.
Christbaumschmuckfabrik
Sortimente von Mk. 5.— aufwärts bis Mk. 150.—.

Junge Leute

erlern. Autofahren kostenl. d. Stell. als Autobegleiter i. all. Provinz. b. Gehalt, Verpfleg. Später Führerschein. Viele Dankschr. Inform. u. Rat d. Auto- u. Chauffeur-Nachr., Organ d. Reichswirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e.G.m.b.H. Freiprosp. geg. Rückp. vers. Chauffeur-Nachrichten, Berlin NW. 6. E.667

E.408. **Karlsruhe.** Die Geschäftsaufsicht über das Vermögen der Firma **Adolf Kottjar,** Rohprodukte für die Textilindustrie in Karlsruhe, ist durch Zwangsvergleich rechtskräftig beendet. Karlsruhe, den 10. November 1925. **Gerichtsschreiber Badischen Amtsgerichts A 7.**

E.410. **Offenburg.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **„Freihandel, Süddeutsche Handelsgesellschaft m. b. H."** in Offenburg wird nach rechtskräftiger Bestätigung des Zwangsvergleichs und nach Genehmigung der Schlußrechnung durch die Gläubigerversammlung hierdurch aufgehoben.

Offenburg, 31. Okt. 1925.
Badisches Amtsgericht I.
Der Gerichtsschreiber.

Jagd-Verpachtung.

Badisches Forstamt Bruchsal vergibt im Wege öffentlicher Versteigerung die Ausübung der Jagd ab 1. Februar 1926 auf weitere sechs Jahre in den domänenärarischen Jagdbezirken I und III Obere Lußhardt. Jagdbezirk I umfaßt 511 ha Wald und 142 ha Feld; Jagdbezirk III 553 ha Wald und 264 ha Feld. Verpachtungsverhandlung am **Dienstag, den 1. Dezember ds. Js., vormittags 10 Uhr,** im Gasthaus zum Wolf in Bruchsal. Auskunft durch das Forstamt, woselbst die Bedingungen eingesehen werden können. E.404

Bekanntmachung.

Bei der Stadtgemeinde Kehl sind alsbald zwei

Schutzmannsstellen

zu besetzen. Die Anstellung erfolgt nach Gruppe 4 der staatlichen Besoldungsordnung. Nach einjähriger vorwurfsfreier Dienstzeit erfolgt Einrückung in Gruppe V. E.881.

Nur solche Bewerber, die eine anerkannte Polizeischule mit Erfolg besucht haben, oder bereits mehrere Jahre im Staatsdienst bei der Polizei oder der Gendarmerie gedient haben (§ 17 des bad. Polizeigesetzes vom 31. Januar 1923) haben Aussicht auf Anstellung. Geeignete Bewerber, die gesund und kräftig sind, wollen sich unter Beifügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufs und anderer Zeugnisse bis zum 1. Dezember 1925 beim Bürgermeisteramt der Stadtgemeinde Kehl melden.

Kehl, 10. November 1925.
Der Bürgermeister:
Dr. Kraus.

Im Landestheater

Sonntag, 15. November 1925.
Im Landestheater:
Anläßlich der Schweizer Tage in Karlsruhe

Schweizer Morgenfeier

Veranstaltet vom Bad. Landestheater in Verbindung mit dem Theaterkulturverband.
1. Vortrag des Herrn Dr. Ed. Korrodi, Zürich über **„Schweizer Dichtung der Gegenwart".**
2. Lieder von Werner Wehrli, Paul Müller und Pierre Maurice. Gesungen von H. Stoeß, Lausanne
3. Rezitationen von Mitgl. des Landestheaters
4. Dialektlieder von Fr. Niggli Gesungen von H. Stoeß

Anfang 11¼ Ende 1

Sonntag, 15. November 1925
* C 8. Th.-Gem. II. S.-Gr.
Zum erstenmal:

Abenteuer des Casanova

Oper in 4 Akten
Musik von Volkmar Andreae
Musikal. Leitung: Dr. H. Knoell
In Szene gesetzt von O. Krauß

1. Die Flucht aus Venedig

Casanova	Weyrauch
Inquisitor	Lander
Frau des Inquisitors	Iracema-Brügelmann
Soranzo	Neuwig
Sekretär	Löser
Diener	Grötzinger
Zeitungsverkäufer	Kalnbach
Führer der Sbirren	Gemmecke

2. Casanova in Paris

Casanova	Weyrauch
Napilly	Siegfried
Gräfin	Stechert
Grisette	Blättermann
Kassiererin	Franz
Verkäuferin	Zoebisch

3. Spanisches Nachtstück

Casanova	Weyrauch
Nina	von Ernst
Spanier	Löser
Duena	Matterstock

4. Casanova in Paris

Casanova	Weyrauch
Richter	Dr. Wucherpfennig
Feldwebel	Lander
Amalie	Blank
Philosoph	Siegfried
Marquise	Küttner
Gräfin	Hagl
Gerichtsschreiber	Lindemann

Anfang 7 Ende nach 9½
Sperrsitz I M. 8.40

Städtisches Konzerthaus

* Sonntag, den 15. Nov. 1925

Bettinas Verlobung

Lustspiel in 3 Akten v. L. Lenz
In Szene gesetzt von F. Herz
Personen:

Baron v. Gerdshagen	Hoecker
Amelie	Frauendorfer
Bettina	Rademacher
Frhr. v. Gallnitz	Dahlen
Graf v. Mach	Kloeble
von Kankelfitz	Dr. Storz
Lilli	Clement
Pastor Völz	Schneider
Frl. v. Kleist	Volkner

Anfang 7½ Ende gegen 10
Parkett I M. 4.20

Mannheim. E.377
Zum Güterrechtsregister Band XV wurde heute unter O.-Z. 390 eingetragen: Rudolf Schumann, Dreher, und Maria geb. Adler in Mannheim. Durch Vertrag vom 20. Oktober 1925 ist Gütertrennung vereinbart. Unter O.-Z. 391: Johann Adam Holt, Kernmacher, und Barbara Franziska geb. Altig in Mannheim-Neckarau. Durch Vertrag vom 30. Oktober 1925 ist Gütertrennung vereinbart.
Mannheim, 5. Nov. 1925.
Amtsgericht.

L. SCHUMACHER

Kaiserstraße 114, 2 Treppen hoch
Telephon 2136 Notladen

*

Neuheiten in gediegenen
Juwelen, Gold- und Silberwaren.

*

Echte Perlcolliers.

*

Besteck-Kasten.

*

Prima Geislinger versilberte
Tafelgeräte und Bestecke.

*

Bitte höflichst um Aufgabe der laufenden
Weihnachts-Patenbestecke.

Öffentliche Sparkasse Niefern.

Rechnungsabschluß auf 31. Dezember 1924.

Einnahmen.		Rℳ
1. Kassenvorrat vom Jahr 1923		—.92
2. Zinsen und Kapitalien		34.58
3. Gebühren		4.40
4. Sonstige Einnahmen		30.—
5. Einlagen:		
a) neue	3 649.53	
b) kapitalisierte Zinsen	26.40	3 675.93
6. Heimbezahlte Kapitalien		5 512.25
Summa		9 258.08

Ausgaben.	Rℳ
1. Rückstände	—.—
2. Zinsen und Kosten für Einlagen	32.20
3. Sonstiger Verwaltungsaufwand	51.95
4. Sonstige Ausgaben	9.—
5. Rückzahlungen auf Einlageguthaben	1 300.—
6. Angelegte Kapitalien	7 351.20
7. Kassenvorrat am 31. 12. 25	513.67
Summa	9 258.08

Vermögensdarstellung.

Vermögen.	Rℳ
1. Angelegte Kapitalien	1 862.09
2. Kassenvorrat	513.67
3. Inventar	11.09
Summa	2 386.85

Schulden.	Rℳ
1. Guthaben der Einleger auf 20 Sparbücher	2 386.85
Summa	2 386.85

Niefern, den 12. April 1925.
Der Verwaltungsrat: Kling, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Gräßle, Rechner.

Sparkasse Schönau i. W.

Öffentliche Sparkasse.

Geschäftsbericht für 1924.

Vermögen.	Rℳ
1. Kassenvorrat	8 661.10
2. Girozentralen und Bankguthaben	12 623.96
3. Darlehen an Gemeinden	28 486.20
4. Darlehen an Private	12 383.50
5. Konto-Korrent-Debitoren	87 464.32
6. Zinsrückstände	1 114.08
7. Fahrnisse und Sonstiges	4.—
	150 737.16

Schulden.		Rℳ
1. Spareinlagen		63 768.49
2. Giroeinlagen		77 632.77
3. Ausgaberückstände		103.75
4. Reservefonds	9 232.15	9 232.15
„ 1924	712.45	
Vermehrung	8 519.70	
		150 737.16

Schönau i. W., den 17. Juni 1925. E.382
Sparkasse Schönau i. W.
Verwaltung.

Gemeinde-Sparkasse Langensteinbach.

Rechnungsergebnis für das Jahr 1924.

Gewinn- und Verlustrechnung.

Soll	Rℳ
Zinsen für Einlagen	1 200.79
„ „ andere Schulden	1 157.56
Verwaltungskosten	2 284.29
Überschuß 1924	2 908.37
	7 551.01

Haben	Rℳ
Zinsen von Aktivkapitalien	5 932.12
Gebühren	201.59
Sonstige Einnahmen	730.19
Gerätschaften	1.—
Einnahme-Rückstände	686.11
	7 551.01

Vermögensstand.

Aktiva	Rℳ
Barbestand	1 058.14
Darlehen gegen 1. Hypothek	600.—
„ an Gemeinden	2 000.—
„ gegen Schuldschein	10 415.17
Bankguthaben	5 692.94
Darlehen gegen Wechsel	1 740.—
Kontokorrentdarlehen	14 189.33
Einnahme-Rückstände	695.66
Gerätschaften	1.—
	36 372.24

Passiva	Rℳ
Guthaben der Einleger	22 954.56
Aufgenommene Kapitalien	10 000.—
Ausgabe-Rückstände	645.21
Reinvermögen	2 772.47
	36 372.24

Langensteinbach, den 1. Oktober 1925.
Gemeinde-Sparkasse Langensteinbach.
Schöpfle, Bürgermeister. Becker, Rechner.

Druck G. Braun, Karlsruhe.